

FREIBERUFLER-TICKER vom 15. Dezember 2017

1. BSG urteilt zur Befreiung von der Rentenversicherungspflicht

In der Entscheidung des Bundessozialgerichts vom 7. Dezember 2017 (Az.: B 5 RE 10/16 R, [Terminbericht](#)) hat das Gericht bestätigt, dass die Befreiung eines Tierarztes im Pharmaaußendienst von der Rentenversicherungspflicht rechtmäßig ist und er sich im tierärztlichen Versorgungswerk versichern darf, insbesondere weil die Landestierärztlehrordnung auch sein Arbeitsfeld als tierärztlich beschreibt. Zwar sei eine Approbation oder gleichwertige Befugnis stets notwendige Voraussetzung der tierärztlichen Berufsausübung im Sinne des Landesrechts, das bedeute aber nicht, dass auch die konkret in Frage stehende Tätigkeit jeweils die Approbation voraussetze.

2. Bericht der europäischen Datenschutzbehörden

In dem [Bericht der „Artikel-29-Gruppe“](#) der europäischen Datenschutzbehörden vom 12. Dezember 2017 hat die Gruppe von der Europäischen Kommission Nachbesserungen am Privacy Shield für die Übermittlung von personenbezogenen Daten in die USA gefordert. Derzeit sei unklar, ob Daten von EU-Bürgern in den USA so gut geschützt werden wie in der EU. In Nachverhandlungen mit der US-Regierung müssten entscheidende Verbesserungen des Privacy-Shield-Mechanismus erzielt werden. Nach der ersten gemeinsamen Überprüfung vom 18. bis 19. September 2017 sei fraglich, ob das vom Privacy Shield geschaffene Datenschutzniveau in den USA tatsächlich gleichwertig mit dem Datenschutzniveau in der EU ist. Dies hatte der Europäische Gerichtshof (EuGH) im sogenannten Schrems-Urteil gefordert, durch das die Vorgängerregelung (Safe Harbor) gekippt wurde.

3. BIBB veröffentlicht bereinigte Ausbildungszahlen: Auch Freie Berufe stützen Plus

Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist in diesem Jahr mit 523.300 gegenüber dem Vorjahr um 3.000 oder 0,6 Prozent gestiegen. Zu dieser Entwicklung haben besonders stark die betrieblichen Ausbildungsverträge mit einem Plus von 4.700 Stellen beigetragen. Treiber sind der Öffentliche Dienst mit einem Plus von 3,4 Prozent, das Handwerk mit einem Plus von 1,4 Prozent und die Freien Berufe mit einem Plus von 1,2 Prozent. Sie steuern knapp 3.000 neue Ausbildungsplätze bei. Die Zahl der außerbetrieblichen Ausbildungsverträge ist nach dem Rückgang im Vorjahr noch einmal gesunken. Rechnerisch stehen 100 nachfragenden Jugendlichen 104,6 Ausbildungsangebote gegenüber (Vorjahr: 104,2). Die Zahl der noch freien Ausbildungsstellen fiel erneut höher aus als im Jahr zuvor. Passungsprobleme bleiben eine große Herausforderung, zudem gibt es große regionale Unterschiede. Dies sind Ergebnisse der [Erhebung](#) über die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30. September 2017, die das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vorgelegt hat. Erstmals werden auch Menschen mit Fluchthintergrund in größerer Zahl in der Ausbildungsstatistik erfasst. Von den knapp 26.500 Bewerbern mit Fluchthintergrund hat mehr als ein Drittel eine Ausbildung begonnen oder an einer anderen Eingliederungsmaßnahme teilgenommen.

4. Weniger BAföG-Empfänger

Zwischen den Jahren 2012 und 2016 ist die Zahl der gemäß des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) geförderten Studenten und Schüler um insgesamt um rund 16,7 Prozent gesunken. Das geht aus dem 21. [BAföG-Bericht](#) hervor, der am 13. Dezember 2017 unter Federführung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom

Bundeskabinett beraten worden ist. So ist die Zahl von rund 630.000 Empfängern auf rund 525.000 gesunken. Die Zahl der jahresdurchschnittlich tatsächlich geförderten Studierenden ist von 440.000 auf 377.000 und mithin um rund 14,3 Prozent gesunken. Die Zahl der jahresdurchschnittlich geförderten Schüler ist von rund 190.000 auf rund 148.000 gefallen, das entspricht 22 Prozent. Dies sei allerdings im Zusammenhang mit dem demografisch bedingten Rückgang der Schülerzahlen insgesamt im gleichen Zeitraum zu sehen.

5. Öffentliche Bildungsausgaben im Jahr 2016

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Statistischen Bundesamts vom 14. Dezember 2017 haben sich die öffentlichen Bildungsausgaben im Jahr 2016 auf 128,4 Milliarden Euro belaufen, ein Anstieg vom 3,5 Prozent zum Vorjahr. Etwa die Hälfte der Ausgaben ist für die Schulen aufgewendet worden, weitere 23,2 Prozent sind auf Hochschulen entfallen, 19,2 Prozent auf Kindertageseinrichtungen und 7,7 Prozent auf die Förderung von Bildungsteilnehmern, Volkshochschulen und Jugendarbeit.

6. Eurostat-Bericht zu Sozialausgaben EU

Nach dem am 8. Dezember 2017 veröffentlichten [Bericht](#) von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union, zum Sozialschutz im Jahr 2015 ist fast ein Drittel des Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Europäischen Union in den Sozialschutz investiert worden. Seit dem Jahr 2010 sind die Sozialschutzausgaben in der Europäischen Union (EU) leicht gestiegen, von 28,6 Prozent des BIP im Jahr 2010 auf 29,0 Prozent im Jahr 2015, laut Daten von Eurostat. Im Jahr 2015 waren die zwei Hauptfinanzierungsquellen für den Sozialschutz auf EU-Ebene Sozialbeiträge, die 54 Prozent der Gesamteinnahmen ausmachten, und staatliche Zuweisungen aus Steuereinnahmen mit einem Beitrag von 43 Prozent. Leistungen für Familien hatten in der EU durchschnittlich einen Anteil von weniger als neun Prozent an den gesamten Sozialleistungen im Jahr 2015.

7. Kultur- und Kreativwirtschaft wächst weiter

Ende vergangener Woche ist der [Monitoringbericht Kultur- und Kreativwirtschaft](#) für das Jahr 2017 vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie vorgestellt worden. Er zeigt, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse um 3,5 Prozent gestiegen ist. Auch der Umsatz, die Zahl der Unternehmen, die Anzahl der Erwerbstätigen sowie die Wertschöpfung sind gegenüber dem Vorjahr gewachsen. Mehr als eine Million Erwerbstätige, davon 864.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in mehr als 253.000 Unternehmen, erwirtschafteten 2016 einen Umsatz in Höhe von 154,4 Milliarden Euro und damit 1,5 Prozent mehr als im Vorjahr.

8. Fast jedes vierte Unternehmen ist 2016 im E-Commerce tätig gewesen

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Statistischen Bundesamts vom Ende vergangener Woche haben 23 Prozent der Unternehmen im Jahr 2016 ihre Waren über Online-Kanäle (Website, App oder elektronischen Datenaustausch über Standleitungen (EDI)) verkauft. Mit steigender Unternehmensgröße ist dieser Anteil gesunken: Kleinstunternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten haben 26 Prozent ihres Umsatzes über Websites oder Apps erwirtschaftet. Bei Kleinunternehmen (10-49 Beschäftigte) hat der Anteil noch bei 23 Prozent gelegen, bei mittelgroßen (50-249 Beschäftigte) und Großunternehmen (250 und mehr Beschäftigte) jeweils bei 18 Prozent. Den Großteil ihres Umsatzes haben die im E-Commerce tätigen Unternehmen über Websites oder Apps (82 Prozent) aus Verkäufen über unternehmenseigene Websites oder Apps, 18 Prozent aus Verkäufen über Online-Marktplätze erzielt.

9. Bericht zum Arbeitsschutz

Im Jahr 2016 sind weniger Menschen bei Arbeits- oder Wegeunfällen ums Leben gekommen. Auch die Schulunfälle nahmen im Vergleich zu 2015 ab. Das geht aus einem [Bericht](#) der Bundesregierung hervor, den das Kabinett am 13. Dezember 2017 beschlossen hat. Rund 959.000 Arbeitsunfälle sind im Jahr 2016 gemeldet worden. Das sind 14.000 mehr als im Jahr zuvor – ein Plus von 1,5 Prozent. Dennoch ist die Unfallhäufigkeit – also die Zahl meldepflichtiger Arbeitsunfälle je 1.000 Vollzeitbeschäftigte – leicht gefallen: von 23,3 auf 23,2. Das liegt an der gestiegenen Zahl der Erwerbstätigen 2016: Sie ist von 40,3 Millionen im Jahr 2015 auf 41,3 Millionen erwerbstätiger Menschen 2016 gestiegen. Ein weiterer Befund: Es sind mehr Berufskrankheiten anerkannt worden.